



forumZFD

MAGAZIN



Meinung

**Friedensnobelpreis:
Nur Mut!**

Thema

**Kein Frieden
mit der Steuerpolitik**

Reportage

**Köln Marathon
calling Bethlehem**

Im Gespräch

**Clara Tempel
Aachener Friedenspreisträgerin 2017**

Was Sie in diesem Heft erwartet

04 Nachrichten

05 Meinung

**Jan van Aken:
Friedensnobelpreis:
Nur Mut!**



06 Thema

**Kein Frieden
mit der Steuerpolitik**



10 Reportage

**Köln Marathon
calling Bethlehem**



14 Im Fokus

16 Im Gespräch

**Clara Tempel
Trägerin des Aachener
Friedenspreises 2017**



20 Rätsel & Rezept

22 Nachrichten

23 Friedenspolitik

24 Stiftung

26 Spenden

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch
Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst

Über das forumZFD

Wir im forumZFD unterstützen Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden. Unsere Organisation wurde im Jahre 1996 von Friedens- und Menschenrechtsgruppen gegründet – als Reaktion auf die Balkankriege. Seitdem setzen wir uns für die Überwindung von Krieg und Gewalt ein.

Heute arbeiten wir zusammen mit Friedensberaterinnen und -beratern in Deutschland und zehn weiteren Ländern in Europa, dem Nahen Osten und Südostasien. Ohne eine gute Ausbildung wäre unsere professionelle Arbeit in Konflikten nicht möglich. Diese bietet unsere Akademie für Konflikttransformation für Menschen in der internationalen Friedensarbeit an. Mit Kampagnen, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen wir uns aktiv für eine zivile Friedenspolitik ein.

Die Bundesregierung hat uns als Trägerorganisation des Zivilen Friedensdienstes anerkannt. Wir sind Unterzeichner der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Unsere Arbeit finanzieren wir über öffentliche und private Zuschüsse, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

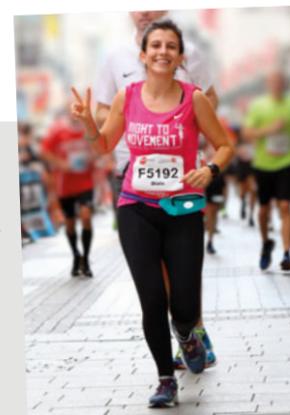
Das forumZFD erhielt 1997 den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis, 2005 den Göttinger Friedenspreis und im Jahr 2014 den Friedenspreis Sievershäuser Ermutigung.

Impressum

Herausgeber:
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
Internet: www.forumZFD.de
Telefon: 0221 – 91 27 32-0

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.),
Kristin Kretschmann, Thomas Oelerich
Layout und Gestaltung: Sonja Kleffner
Lektorat: www.lektorat.koeln

Auflage: 5.000 Stück
Papier: 100 % Recyclingpapier
Fotos ohne Angaben: © forumZFD



© www.marathon-photos.com

Zum Titel

Diala Isid genoss sichtlich den Kölner Marathon trotz aller körperlichen Anstrengung. Die 27-Jährige aus Beit Sahour in der Westbank war eine von zehn Läuferinnen und Läufern der palästinensischen Gruppe „Right to Movement“, die am 1. Oktober beim Halbmarathon und beim Marathon in Köln an den Start gingen.

Mit ihrer Teilnahme an Marathonläufen in der ganzen Welt wollen sie auf die eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Menschen in der Westbank und in Gaza aufmerksam machen. Beim Bethlehem-Marathon, den die Gruppe ins Leben gerufen hat, müssen die Teilnehmenden aufgrund der Mauer und mehrerer Checkpoints viermal dieselbe Runde laufen, um die volle Marathonstrecke von 42 Kilometern zu erreichen.

Ebenso wichtig ist den Läuferinnen und Läufern das Thema Gleichberechtigung. Nach Köln kamen sie deshalb mit fünf Frauen und fünf Männern. In Palästina ist es keine Selbstverständlichkeit, dass Frauen in der Öffentlichkeit Laufsport treiben. Die wöchentlichen Lauftreffs der Gruppe in vielen Orten in der Westbank und in Gaza sind somit zugleich sichtbare Zeichen für mehr Gleichberechtigung.

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Friedensnobelpreis hat bei ICAN, der internationalen Kampagne für ein Verbot von Atomwaffen, wohl niemand wirklich gerechnet. Wir auch nicht, als wir in der letzten Ausgabe schon über das Thema berichteten.

Mehrere Mitgliedsorganisationen des forumZFD gehören dem weltweiten Bündnis an. Auch ihnen gelten unsere Glückwünsche zu dieser hochverdienten und hochaktuellen Preisvergabe. Die passenden Worte findet Jan van Aken, einer der profiliertesten Rüstungskritiker, im Meinungsbeitrag.

Diese Ausgabe des forumZFD Magazins bietet noch mehr Lektüre, die Hoffnung gibt und Mut macht: Lesen Sie von den Läuferinnen und Läufern der palästinensischen Gruppe „Right to Movement“ und lassen Sie sich von der erst 21-jährigen Friedenspreisträgerin Clara Tempel für gewaltfreien Aktivismus inspirieren.

Unser Themenbeitrag bietet etwas härtere Kost: In der Steuerpolitik zeigt sich, welche dicke Bretter noch zu bohren sind auf dem Weg zu einer zivilen Friedenspolitik.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Christoph Bongard

Christoph Bongard
Leiter Kommunikation

Weihnachtskarte bestellbar!

„Frieden kann nicht durch Gewalt erhalten werden. Er ist nur über das Verständnis füreinander zu erreichen.“
Albert Einstein

Auch in diesem Jahr haben wir eine Weihnachtskarte im DIN-lang-Format erstellt, die wir Ihnen für den Versand Ihrer Weihnachts- bzw. Neujahrsgrüße anbieten. In der nach links aufklappbaren Karte, gedruckt auf stabilem 300 g Recycling-Papier, findet sich im Innenteil ein Satz des Friedensnobelpreisträgers Albert Einstein. Ein nachdenklich stimmender Satz, der unseren Ansatz der zivilen Konfliktbearbeitung auf den Punkt bringt und – wie wir meinen – gut in die Weihnachtszeit passt. Im Innenteil auf der rechten Seite finden Sie Platz für Ihre persönlichen Weihnachtsgrüße.

Das Motiv der Friedenstaube ist einem Foto entnommen, das im Jahr 2015 im Rahmen einer Projektreise in den Libanon entstanden ist. Die Friedenstaube fanden wir dort als Graffiti auf einer Mauerwand in der Bekaa-Ebene an der Grenze zu Syrien.



Die Weihnachtskarte erhalten Sie zusammen mit einem passenden Versandumschlag, der ebenfalls mit dem Kartenmotiv bedruckt ist.

1 Stück = 1,50 € 5 Stück = 7,00 €
10 Stück = 10,00 € 25 Stück = 20,00 €
(jeweils zzgl. Versandkosten)

Bestellung:

forumZFD, Am Kölner Brett, 50825 Köln
www.forumZFD.de/weihnachtskarte
Telefon: 0221 – 91 27 32-0
E-Mail: kontakt@forumZFD.de

Jahresbericht 2016: erfreuliche Nachrichten

Das forumZFD hat das Jahr seines 20. Jubiläums mit einem außerordentlich guten finanziellen Ergebnis abgeschlossen. In dem nun veröffentlichten Geschäftsbericht 2016 legt das forumZFD Rechenschaft ab über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr. Insbesondere allen unseren Spenderinnen und Spendern gilt dafür unser aufrichtiger Dank!

Sie finden den Geschäftsbericht 2016 als Download auf unserer Website:

www.forumZFD.de/geschaeftsberichte

www.forumZFD.de/geschaeftsberichte



Solidarität mit Peter Steudtner

Seit Juli ist Peter Steudtner in der Türkei inhaftiert. Am 11. Oktober erhob die türkische Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Menschenrechtsaktivisten. In Presseberichten ist von möglichen 15 Jahren Haft die Rede. Peter Steudtner ist freier Berater und Trainer für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Er hat zahlreiche Fachkräfte des Zivilen Friedensdienstes ausgebildet und auf ihre friedensfördernde Arbeit im Ausland vorbereitet. Gemeinsam mit dem Konsortium Ziviler Friedensdienst, dem neun Organisationen der personellen Entwicklungszusammenarbeit angehören, haben wir bereits kurz nach der Festnahme die sofortige Freilassung von Peter Steudtner gefordert.



Wir erneuern diese Forderung an die türkische Regierung. In Gedanken sind wir bei Peter, seiner Lebensgefährtin und seinen Kindern, die in Berlin darauf warten, dass sie ihren Freund und Vater wieder wohlbehalten in den Armen halten können.

Friedensnobelpreis: Nur Mut!

Ein Kommentar von Jan van Aken



© kaddeu vanaken

Die Auszeichnung für die Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN) ist eine schallende Ohrfeige für zynische Realpolitiker, die Kernwaffen für unverzichtbar halten.

ICAN steht für mich vor allem für eines: in hoffnungslosen Zeiten einfach mal den Mut zu haben, das Unmögliche zu versuchen, loszulegen und eine weltweite Bewegung zu organisieren. Und dann auch wirklich etwas zu gewinnen. Damit meine ich jetzt nicht den Friedensnobelpreis (der natürlich auch ganz schön ist), sondern das in diesem Sommer von 122 Staaten beschlossene Atomwaffenverbot.

Um die ewigen Nörgler an dieser Stelle gleich auszubremsen: Selbstverständlich haben die neun Kernwaffen- und die viel zu vielen NATO-Staaten nicht mitgemacht. Auch werden mit diesem Abkommen die Atombomben nicht über Nacht und nicht in zehn Jahren verschwunden sein. Aber galt das nicht ebenso für das Verbot von Landminen? Bis heute haben die USA den entsprechenden Vertrag zum Verbot dieses Waffentyps nicht ratifiziert und werden das wahrscheinlich nie tun – aber sie halten sich in großen Teilen daran, weil die weltweite Ächtung mittlerweile so stark ist, dass kein halbwegs demokratisches Land diesen Umstand einfach ignorieren kann.

Und bei den Nuklearwaffen kommt noch ein ganz wichtiger Aspekt hinzu: Weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit ist die einst starke Ächtung von Atombomben in den vergangenen 20 Jahren erheblich erodiert. Die fünf Atomwaffenmächte, denen nach dem Atomwaffensperrvertrag von 1968 erlaubt war, diese Waffen zu besitzen, haben sich konsequent nicht an ihr Versprechen gehalten, nuklear abzurüsten. Was im Gegenzug dazu geführt hat, dass sich zusehends mehr Staaten ihrerseits nicht an das Versprechen gebunden fühlen, keine Atomwaffen anzuschaffen.

Unfassbar kleingeistig

Wenn selbst in Japan (ja, das ist das Land, in dem Hiroshima und Nagasaki liegen) offen darüber sinniert wird,

ob eine atomare Bewaffnung nicht doch einen Sinn haben könnte, dann zeigt sich, wie weit die Hemmschwelle für atomare Rüstung mittlerweile gesunken ist. Deshalb war es ein so wichtiges und unverzichtbares Zeichen, dass sich eine Koalition der Willigen zusammenfand (und das war beileibe nicht nur ICAN, da waren auch Staaten und viele Diplomaten mit dabei) und diesen neuen Vertrag auf den Weg gebracht hat.

Es ist so unfassbar kleingeistig, wenn sich die Bundesregierung dem Atomwaffenverbot noch immer verweigert. Nicht einmal an den Verhandlungen über den Vertrag hat sie teilgenommen – aus Rücksicht auf die NATO. Doch auch das können wir recht gelassen sehen, es wird einen Dominoeffekt der anderen Art geben: In fast allen NATO-Staaten gibt es regelmäßig demokratische Wahlen, und es wird in all diesen Ländern einmal der Wahltag kommen, an dem keine NATO-besessenen Parteien mehr in die Regierung gespült werden. Und dann werden diese Staaten, einer nach dem anderen, das Atomwaffenverbot ratifizieren, und jedes Mal wird die Abwehrfront gegen Atomwaffen daraus gestärkt hervorgehen – auch in Deutschland, vielleicht noch nicht 2021 oder bald danach.

Ein wichtiges Zeichen

All das hat eine kleine Gruppe von Menschen vor zehn Jahren erkannt und deshalb ICAN gegründet. Zu einer Zeit, als kein Mensch über Atomwaffen geredet hat. Als der Atomwaffensperrvertrag endgültig gescheitert schien. Als nicht, wie noch vor Jahrzehnten, Millionen in Deutschland gegen atomare Aufrüstung auf die Straße gingen. Als eigentlich niemand mehr (mich eingeschlossen) daran geglaubt hat, dass es auf absehbare Zeit Wege zu einer atomaren Abrüstung geben könnte. Es ist gut, dass es für den Mut, es trotz aller Aussichtslosigkeit einfach einmal zu versuchen, einen Nobelpreis gibt. Aber es ist noch viel besser, dass jetzt noch mehr Menschen davon wissen. Und Mut tanken.

Jan van Aken war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke. Der Beitrag erschien zuerst auf www.freitag.de.

Kein Frieden mit der Steuerpolitik

© Flickr/BRUCH-ET PatrickHollande Hoogte, Lizenz: CC BY-SA 2.0

Trotz „friedenspolitischer Leitlinien“ steckt der Bund das Geld fast nur ins Militär

von Robert B. Fishman

Mit dem Geld, das der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern abnimmt, lenkt er die Entwicklung unseres Landes. In ihren friedenspolitischen Leitlinien hat die Bundesregierung im Juni festgelegt, dass sie ziviler Konfliktbearbeitung den Vorrang vor Militäreinsätzen einräumen will. Doch das Geld fließt weiterhin vor allem in die Rüstung.

Im Jahr 2016 haben Bund, Länder und Gemeinden nach Angaben des Bundesfinanzministeriums BMF fast 650 Mrd. € an Steuern eingenommen. Geld, mit dem man eine Menge Sinnvolles tun kann: Schulen bauen, Altenpflege bezahlen, Flüchtlinge unterbringen, schnelle Internetverbindungen legen, Bahnlinien ausbauen und vieles mehr.

Jede Sekunde 1.100 € für die Rüstung

37 Mrd. € gibt der Bund 2017 nach eigenen Angaben fürs Militär aus.

Pro Tag sind das 101 Millionen, in einer Minute 70.000 und in der Sekunde 1.100 € – ungefähr das Nettogehalt eines Altenpflegehelfers.

Der Haushalt des Bundesministeriums für Verteidigung ist der zweitgrößte Einzelposten nach Arbeit und Soziales. Rund 11 % der Bundesausgaben fließen in die Rüstung. Sparsamer ist unser Finanzminister bei anderen Themen. Für die Gesundheit gibt er 4,6 % des Etats aus, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2,6, für Bildung und Forschung 5,4 %. Und auch ein Teil

Fischer vor Somalia

Die Europäische Union subventioniert industriellen Fischfang vor Afrikas Küsten und entzieht lokalen Fischern, hier in Somalia, die Lebensgrundlagen. So wurden aus Fischern notgedrungen Entführer und Deutschland patrouilliert seit Jahren mit der Bundeswehrflotte vor der Küste Somalias.

der Forschungsgelder geht an Waffenschmieden. 2015 und 2016 zahlte das Bundesforschungsministerium BMBF nach eigenen Angaben mehr als 13 Mio. € an deutsche Rüstungsunternehmen.

Landesverteidigung in aller Welt

Die Bundeswehr ist eine Verteidigungsarmee für ein Land, das von NATO- und EU-Partnern umgeben ist. Droht uns die Invasion niederländischer Campingwagen, liechtensteinischer Banker oder der Tiroler Schützen? Nein, Deutschland wird am Hindukusch verteidigt, wie uns vor Jahren ein Verteidigungsminister erklärte.

Bis Ende 2014 kostete allein der Militäreinsatz in Afghanistan die deutschen Steuerzahlerinnen und -zahler 9 Mrd. €. Das Ergebnis: überschaubar, wie die anhaltende Gewalt in Afghanistan zeigt.

Dennoch hat die NATO 2014 beschlossen, dass ihre Mitglieder noch mehr Geld für die Rüstung ausgeben sollen: 2 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts BIP. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat damals für Deutschland unterschrieben, „die Verteidigungsausgaben innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 % (des BIP) zuzubewegen, um die NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen und Fähigkeitslücken zu schließen“. Nicht nur US-Präsident Trump besteht lautstark darauf, dass sich jetzt alle daran halten.

Für das Jahr 2025 rechnen die Finanzplaner mit einem Militäretat von 70 Mrd. €, fast doppelt so viel wie heute.

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI beziffert die globalen Rüstungsausgaben 2016 auf 1,686 Billionen US-Dollar. Das sind 2,2 % der weltweiten Wirtschaftsleistung und pro Erdenbürger 228 \$. Ein Zehntel dieser Summe würde nach SIPRI-Berechnungen ausreichen, um jedem Menschen eine gute Bildung zu bezahlen. Mit weiteren 10 % der Militärausgaben bekäme man alle Hungernden satt und könnte sie aus extremer Armut befreien. Weniger als die Hälfte dieser 1,686 Billionen Dollar bräuchte die Welt, um die meisten Ziele der Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung (die Sustainable Development Goals SDG) zu erreichen.

Recht auf Kriegssteuerverweigerung aus Gewissensgründen

Bisher müssen die Steuerzahlerinnen und -zahler in Deutschland wie anderswo zusehen, wie immer mehr von ihrem Geld in die Rüstung fließt. Seit Jahrzehnten kämpft das Netzwerk Friedenssteuer zusammen mit ähnlichen Organisationen im Ausland für ein Zivilsteuergesetz. Die Idee: Jeder und jede kann auf der Steuererklärung ankreuzen, ob das Geld fürs Militär ausgegeben werden darf. Dabei beruft sich das Netzwerk auf Artikel 4 des Grundgesetzes, der in den Absätzen 1 und 3 die Gewissensfreiheit garantiert. Wenn „niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf“, könne der Staat seine Bürger auch nicht zwingen, dafür zu bezahlen.

Mit dieser Begründung klagten rund 80 Friedensbewegte gegen ihre Steuerbescheide. Viele zahlten den

prozentualen Anteil des Wehretats an ihrer Steuersumme nur unter Vorbehalt oder überwiesen ihn auf ein Sperrkonto. Sie wollten damit keine Steuern hinterziehen, sondern nur sicherstellen, dass ihr Geld nicht für die Rüstung ausgegeben wird.

2012 wies das Bundesverfassungsgericht eine so begründete Verfassungsbeschwerde gegen das Haushaltsgesetz als unzulässig ab. Nach Artikel 110, Absatz 2 Grundgesetz stehe nur dem gewählten Parlament das Recht zu, über den Etat zu entscheiden. Die Beschwerdeführer seien durch die Festlegung des Militärbudgets nicht „selbst, gegenwärtig und unmittelbar in ihren Grundrechten betroffen“. Der Haushaltsplan zwingt sie zu keinem bestimmten Verhalten und verletze sie daher auch nicht in ihren Grundrechten.



1,67 Billionen Dollar wurden 2016 weltweit für Militär ausgegeben. „Wofür würdest du das Geld ausgeben“ lautet die Frage einer internationalen Kampagne des Netzwerks www.demilitarize.org.



© Flickr/demilitarize.org, Lizenz: 1.0



© Wikimedia Commons/
Simon Davis/DFID, Lizenz: CC BY 2.0

Malala Yousafzai, Trägerin des Friedensnobelpreises 2014:

„Wir brauchen 39,6 Mrd. Dollar, damit jedes Kind zwölf Jahre zur Schule gehen kann. Das klingt viel, doch die Summe gibt die Welt in nur acht Tagen für Militär aus. Das Geld ist da, es ist eine Frage der Prioritäten.“

Nach der Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht konzentriert sich das Netzwerk mit seinen etwa 30 Aktiven und rund 140 Unterstützern „auf den politischen Weg“. Sie wollen Wählerinnen und Wähler ebenso wie Parteien von ihrem Konzept überzeugen. In den 1990er Jahren haben die Grünen mehrere Gesetzentwürfe für eine Zivilsteuer in den Bundestag eingebracht. Inzwischen führt nur noch die Linke das Anliegen in ihrem Parteiprogramm. Auch der ökumenische Rat der Kirchen hat die Forderung aufgenommen. Der pensionierte Arzt Wolfgang Steuer, einer der Sprecher des Netzwerks, engagiert sich auch in der AG Zivilsteuer der evangelischen Landeskirche Baden. Bewegungen werde sich die Politik erst, wenn „Zehntausende mitmachen“. Viele Geringverdiener zahlen keine Einkommensteuer. Sie übersähen jedoch, dass zum Beispiel über die Mehrwertsteuer auch aus ihrem Portemonnaie Geld ans Militär fließt.

Neben den steigenden Rüstungsausgaben unterstützt der Bund Waffen und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen mit direkten und indirekten Subventionen.

Staatshilfen für Rüstungsexporte

Für Ausfuhren garantiert der Steuerzahler mit den sogenannten Hermes-Bürgschaften. Zahlt ein Käufer deutscher Produkte nicht, springt der Staat ein. Diese Exportförderung gewährt der Bund auch für den Export von Waffen und Militäranlagen – in den vergangenen zwei Jahren zum Beispiel für den Verkauf von U-Booten nach Ägypten (585 Mio. €) sowie ein Überwachungsradar für Algerien (100.000 €).

Für die Ausfuhr von Kriegswaffen brauchen deutsche Hersteller und Händler eine Erlaubnis des Bundeswirtschaftsministeriums, deren Einhaltung das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle überwacht. Nach Artikel 26 des Grundgesetzes dürfen „zur Kriegsführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht“ werden.

Trotzdem exportieren nur vier Länder mehr Kriegsgerät als Deutschland. Nach den USA, Russland, China und Frankreich ist die Bundesrepublik mit einem Marktanteil von 5,6 % fünftgrößter Waffenexporteur.

Neben NATO-Verbündeten kaufen auch Diktaturen und derzeit Krieg führende Staaten in deutschen Waffenschmieden ein: Saudi-Arabien zum Beispiel, dessen Armee im Jemen gegen die dortigen „Rebellen“ kämpft, die Militärdiktatur Ägypten oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Weltweit kaufen Indien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, China und Algerien die meisten Waffen.

Mitte September berichtete Amnesty International von „verantwortungslosen Rüstungsexporten, die entgegen vertraglichen Verpflichtungen die Menschenrechte gefährden“. 2014 haben 92 Staaten, darunter auch Deutschland, den Waffenhandelsvertrag ATT (Arms Trade Treaty)

unterschrieben. Dieser verbietet Rüstungstransfers, „wenn ein großes Risiko besteht, dass diese Waffen bei Kriegsverbrechen oder schweren Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden“.

Trotzdem habe allein Großbritannien seit Beginn des Kriegs im Jemen den Saudis Kriegsgerät im Wert von mehr als 4 Mrd. € verkauft. 80 % aller seit 2012 in den Wüstenstaat gelieferten Waffen stammen aus dem Vereinigten Königreich und den USA. Deutschland liefere Teile zu, die in britischen Rüstungsfabriken weiterverarbeitet werden. Die saudische Luftwaffe bombardiert im Jemen Schulen, Krankenhäuser und Wohnviertel und verletzt und tötet Tausende Zivilisten.

Die Bundesregierung habe zudem allein im ersten Halbjahr 2017 die Ausfuhr von Kleinwaffen im Wert von 32 Mio. € genehmigt, fast dreimal so viele wie von Januar bis Juni 2015.

Während Deutschland wie andere Länder weiterhin aufrüstet, bleiben die Ausgaben für zivile Konfliktbearbeitung überschaubar.

Für zivile Konfliktbearbeitung in dreißig Jahren so viel wie für die Bundeswehr in einem?

So sieht nicht nur die Expertin der kirchlichen Entwicklungsorganisation „Brot für die Welt“ Martina Fischer ein „eklatantes Missverhältnis bei der Mittelverteilung für zivile und militärische Instrumente“. Für die Bundeswehr gibt Deutschland mehr als doppelt so viel aus wie für das Auswärtige Amt und die Entwicklungszusammenarbeit. 2014 teilte die Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke mit, dass sie in den Jahren 2004–2014 zusammen etwa 12 Mrd. € für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung bereitgestellt habe – in zehn Jahren weniger als ein Drittel dessen, was jährlich fürs Militär ausgegeben wird. Hinzu kommt,

dass die 12 Mrd. auch die Beiträge an internationale Organisationen wie Vereinte Nationen, OSZE und Europarat beinhalten.

Zumindest das Problem hat die Bundesregierung inzwischen erkannt. Unter dem Titel „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ hat sie im Juni ihre friedenspolitischen Leitlinien beschlossen. Darin will sie „zivilen Instrumenten den Vorrang einräumen, die Vermittlung ausbauen und den Beirat zivile Krisenprävention aufwerten“. „Völkerrechtlich zulässige militärische Gewalt“ bleibe das letzte mögliche Mittel.

Ein Jahr zuvor hatte die große Koalition unter dem Titel Peace Lab 2016 einen „Debattenprozess zur internationalen Politik“ gestartet. In Workshops, Podiumsdiskussionen und online diskutierten Fachleute und Laien darüber, wie man Konflikte entschärfen kann, bevor sie in Gewalt umschlagen. Auch das forumZFD und andere Friedensorganisationen haben dazu Vorschläge eingebracht. Kaum jemand widerspricht den Leitlinien. Doch sie greifen zu kurz. „Zivile Instrumente“, kritisiert zum Beispiel Stephan Brües, Ko-Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung BSV, „werden nicht als Alternative zu militärischen Herangehensweisen gedacht, sondern als Ergänzung.“

Sprich: Die Aufrüstung geht trotzdem weiter. Andere bemängeln, dass die Leitlinien nichts zur Finanzierung ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sagen. So möchte die derzeitige Bundesregierung den Haushalt des Verteidigungsministeriums bis 2021 um 8,3 Mrd. erhöhen, während die Mittel des Auswärtigen Amtes für humanitäre Hilfe und Krisenprävention 2018 lediglich „in Höhe von 1,5 Mrd. fortgeführt werden sollen“, heißt es dazu beim BSV. Zu viele Projekte scheiterten deshalb schon in der Planungsphase an mangelnder Finanzierung.

Dabei ist längst erwiesen, dass zivile Konfliktbearbeitung deutlich billiger zu haben ist als Militäreinsätze. Funktionieren kann die Arbeit von Polizeikräften, Mediatoren und anderen zivilen Friedensfachkräften nur, wenn sie rechtzeitig kommen und die Betroffenen an der Entwicklung ihrer Projekte beteiligen. Die Politik reagiert jedoch meist erst, wenn die Probleme eskalieren. Beispiele liefern uns die Nachrichten jeden Tag aufs Neue: die Verfolgung der Rohingya in Myanmar, der Arabische Frühling, die letzte oder nächste palästinensische Intifada, die Spannungen in Afrika von der Elfenbeinküste bis in den Kongo und so weiter. Kaum jemand interessierte sich für diese Konflikte, als sie vielleicht noch lösbar waren.

Mindestens ebenso entscheidend ist die Lösung der Probleme, die den Auseinandersetzungen zugrunde liegen. Menschen, die ums Überleben kämpfen und keine Perspektive für sich sehen, werden sich kaum auf internationale Vermittlungsbemühungen einlassen. So lange westliche Unternehmen zum Beispiel Kleinbauern im globalen Süden das Land wegkaufen oder -pachten (Landgrabbing), die Meere vor den Küsten leer fischen und mit subventionierten Exporten etwa von tiefgefrorenen Hähnchenresten den örtlichen Bauern die Existenz zerstören, wird es kaum dauerhaften Frieden geben. Ohne Frieden keine Entwicklung und ohne Entwicklung kein Frieden. Es gibt also noch viel zu tun für eine weniger gewalttätige Welt.

Robert B. Fishman ist freier Journalist und Fotograf.

Die „Aktion Aufschrei“ protestiert gegen den Export von Panzern an Saudi-Arabien. Rüstungsexporte werden oft durch sogenannte Hermes-Bürgschaften aus Steuergeldern abgesichert.

© Flickr/Samantha Staudte IPPNW,
Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

Hintergründe

Netzwerk Friedenssteuer
www.netzwerk-friedenssteuer.de

Waffenexporte
www.aufschrei-waffenhandel.de
www.waffenexporte.org

Militarisierungsindex
Der Globale Militarierungsindex GMI des BICC (Bonn International Center for Conversion) vergleicht die Militarisierung der verschiedenen Länder und stellt einen Zusammenhang zwischen Staatsausgaben für Militär, Soziales und Gesundheit her.
gmi.bicc.de

Mit Steuern Konflikte verschärfen

Deutschland fördert wie viele andere Länder mit Subventionen die Verschärfung von Konflikten. Neben Rüstungsexporten unterstützten bisher alle Bundesregierungen die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch Exportförderung und subventionierte Kredite für Kohlekraftwerke, Anlagen zur Ausbeutung von Rohstoffen, umstrittene Groß-Staudämme oder industrialisierte Fischfang-Flotten, die kleinen Fischern die Existenzgrundlage rauben.

Der Bericht „Talk is Cheap: How G20 Governments are Financing Climate Disaster“ belegt, wie die G20-Staaten fast ebenso viel öffentliches Geld für Öl, Gas und Kohle zur Verfügung stellen wie für saubere Energieformen. Deutschland steht bei der Unterstützung für Fossile an fünfter Stelle.

www.urgewald.org/presse/g20-laender-stecken-milliarden-fossile



Köln Marathon calling Bethlehem

„Wir laufen für unser Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit“

Es war ein toller Marathon in Köln, sind sich Diala Isid, George Zeidan und Rami Khalaf einig. Die Palästinenserin und die zwei Palästinenser sind gemeinsam mit sieben weiteren Läuferinnen und Läufern nach Köln gekommen, um für das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit einzutreten. Denn 42 Kilometer am Stück ohne Checkpoints oder Trennmauer? Das gibt es im Westjordanland nicht.



© Right to Movement

Diana Hodali: Wie hat sich das angefühlt, einen Marathon in Köln zu laufen und nicht in Bethlehem?

Diala Isid: Wir haben schon an diversen Marathonläufen weltweit teilgenommen, aber dieser Marathon war wirklich einer der Besten. Die Atmosphäre war ganz besonders, die Zuschauer haben uns Energie gegeben, durchzuhalten. Alles war super organisiert, sogar die Verpflegung hat gestimmt.

Rami Khalaf: Das war mein zweiter Marathon, den ersten bin ich in Bethlehem gelaufen. Diese Erfahrung war toll. Die Zuschauer haben uns unterstützt. Mir hat gefallen, dass Eltern ihre Kinder mitbringen, die uns dann auch angefeuert haben. Ich würde gerne wiederkommen.

Diana Hodali: Seit 2012 gibt es die Gruppe „Right to Movement“. Seither gibt es jedes Jahr einen Marathon in Bethlehem. Wie unterscheidet sich der Marathon in Köln von dem in Bethlehem?

George Zeidan: Es ist ein großer Unterschied, ob ich in Bethlehem laufe oder hier. Besonders, wenn es um die Laufstrecke geht: Dort geht es ständig bergauf und bergab – hier gab es keine Steigungen. In Bethlehem muss man die gleiche Strecke vier Mal laufen, um einen ganzen Marathon zu absolvieren. Es gibt keine 42 km am Stück, ohne auf die Trennmauer oder israelische Checkpoints zu stoßen. Es ist hart, die Ziellinie zu erreichen und wieder neu starten zu müssen.

Wir laufen wegen des Sportgedankens, aber wir haben auch eine

Mit ihren T-Shirts machen die Läuferinnen und Läufer von Right to Movement nicht nur auf ihr Anliegen aufmerksam, sondern finanzieren durch den Verkauf auch die rein ehrenamtliche Arbeit der Bewegung.



Die Gruppe Right to Movement setzt sich für alle Formen des Rechts auf Bewegungsfreiheit ein. Dazu gehören auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Botschaft. Der Lauf in Deutschland war inspirierend. Die ganze Gesellschaft – von den Kindern zu den Älteren – ist hier involviert. Ich habe die palästinensische Flagge heute bei mir getragen, und ich war so erstaunt zu sehen, wie viel Bewusstsein bezüglich des Konflikts besteht. Ich habe während des Laufs so viel Zuspruch erhalten, wenn die Leute die Flagge in meiner Hand erkannt haben. Es geht uns ja nicht darum, diesen Marathon zu nutzen, um Aufmerksamkeit für den Konflikt zu erhalten. Es gibt dieses Bewusstsein bereits in Deutschland. Viele haben uns „Palästina, Palästina“ zugerufen. Manchmal habe ich die Flagge sogar weggesteckt, damit ich einige Minuten konzentriert und nur für mich laufen konnte. (lacht)

Diana Hodali: Aber ihr lauft hier natürlich auch für eine Sache. In Bethlehem ist das Laufen an sich schon die Sache aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit, oder?

Diala Isid: Wenn wir außerhalb Bethlehems laufen, dann können wir uns frei bewegen – in jeder Hinsicht. Wenn wir dort laufen, dann sehen wir die Trennmauer, die Checkpoints, die illegalen israelischen

Siedlungen. Wenn wir hier laufen, dann kann man überallhin laufen, völlig frei, so weit man will. Keiner hält dich auf. Wir sind hier natürlich auch für eine Sache gelaufen: Unsere Gruppe heißt „Right to Movement“ und wir laufen für unser Recht auf Bewegungsfreiheit. Wir wollen auf die eingeschränkte Bewegungsfreiheit von Palästinenserinnen und Palästinensern aufmerksam machen, die uns durch die israelische Besatzung auferlegt ist. Wir laufen auch, um palästinensische Frauen zu motivieren, sich anzuschließen und öffentlich den Sport auszuüben, den sie möchten.

Diana Hodali: Erhaltet ihr viel Aufmerksamkeit für eure Anliegen?

Diala Isid: Ich denke schon. In allen Marathonläufen lernen wir Leute kennen, mit denen wir sprechen und die darüber berichten. Und die Leute sind begeistert und finden diesen Ansatz sehr gut und unterstützen uns.

Diana Hodali: Kommt ihr mit einer bestimmten Botschaft nach Deutschland?

George Zeidan: Deutschland leistet viel Unterstützung in Palästina, das

© Right to Movement



© Right to Movement

Im Jahr 2016 verzeichnete der Bethlehem Marathon eine Rekordzahl von rund 4.400 Teilnehmenden, darunter auch viele internationale Laufbegeisterte. Aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit konnten über 100 Läuferinnen und Läufer aus dem Gazastreifen jedoch nicht teilnehmen.

ist großartig. Ich denke, die Deutschen sind sich der Situation bei uns auch bewusst. Ich denke nicht, dass wir hier eine andere Botschaft haben als in anderen Ländern: Wir sind im Kontakt mit den Menschen und nicht auf politischer Ebene unterwegs. Um das zu machen, was wir machen wollen, brauchen wir nur Laufschuhe. Wenn jemand nach Bethlehem kommt, dann wird er verstehen, was es bedeutet, so zu leben wie Menschen in Palästina. Wir sind aber auch hier, um positive Geschichten über Palästina zu erzählen. Wir wollen zeigen, dass Männer und Frauen gemeinsam etwas ändern können in Bezug auf die Besetzung, aber auch auf die gesellschaftliche Situation von Frauen in unserer Heimat.

Diana Hodali: Ihr repräsentiert Palästina – aber eben nicht als politische Gruppe.

George Zeidan: Palästina ist so viel mehr als nur der Konflikt –

geschichtlich, kulturell, das Essen. Wir erzählen den Menschen, denen wir begegnen, davon, freuen uns auch, wenn sie uns in Bethlehem besuchen. Es gibt so viel zu sehen, und man versteht dann aber eben auch die Situation.

Diana Hodali: Sie haben eben schon über die Laufstrecke in Bethlehem erzählt. Könnten sie erzählen, welche Hindernisse sie noch überwinden müssen?

Rami Khalaf: Die Leute fragen uns oft, ob es wirklich einen Marathon in Palästina gibt. Und dann versuchen wir zu erklären, wie es ist, dort zu laufen. Wie gesagt: Es gibt keine 42 km am Stück, die man dort laufen kann. Es gibt Checkpoints, manchmal auch sogenannte ‚flying checkpoints‘, also solche, mit denen man nicht rechnet. Dazu kommt, dass einem das Gefühl von Sicherheit fehlt. Im Hinterkopf hat man immer, dass vielleicht doch etwas dazwischenkommt.

Diala Isid: Der Marathon steht für das alltägliche Leben von PalästinenserInnen. Wir starten an der Geburtskirche in Bethlehem in Richtung Jerusalem, dann kommen wir an einen Checkpoint, müssen abbiegen und durch zwei Flüchtlingslager laufen. Dann laufen wir in einen kleinen Ort namens „Alkhader“ und kommen wieder zurück. Wenn wir also in unserem alltäglichen Leben zum Beispiel von Bethlehem nach Ramallah wollen, dann müssen wir an diesen Checkpoints vorbei, und wir können einfach durch israelische Soldaten angehalten werden.

Diana Hodali: 63 Nationen waren bereits beim Bethlehem Marathon vertreten. Wie reagieren die Menschen von außerhalb, wenn sie in Bethlehem mitlaufen?

George Zeidan: Das kommt wirklich drauf an. Ich sage es mal so: Die Leute, die kommen, erfahren etwas Außergewöhnliches, Exotisches.

Man lernt viel. Zum einen laufen sie einen palästinensischen Marathon. Zum anderen ist es eben kein normaler Lauf. Aber sie werden immer herzlich willkommen geheißen, weil man sich in Palästina darüber freut, wenn auch Menschen aus dem Ausland mitlaufen.

Diana Hodali: Hattet ihr Schwierigkeiten, nun eurerseits an einem Marathon im Ausland teilzunehmen?

Rami Khalaf: Ich war so froh, dass ich überhaupt ein Visum erhalten habe. Unsere Freunde in Gaza haben zwar ein Visum aus Deutschland bekommen, hatten aber keine Ausreiselerlaubnis aus Gaza von den israelischen Behörden erhalten. Ich bin das erste Mal außerhalb Bethlehems bei einem Marathon dabei. Und dann auch noch bei einem so großen Event – ich bin beeindruckt. Ich hätte aber gerne meine Laufkollegen aus Gaza dabeigehabt. Die Gruppe, die hier ist, ist sehr gemischt – PalästinenserInnen aus Bethlehem, Ramallah, Jerusalem, Haifa. PalästinenserInnen aus Gaza konnten leider nicht kommen.



© Right to Movement

Die Trennmauer zwischen Israel und dem Westjordanland ist Alltag für die Menschen in Bethlehem und begrenzt die längste zusammenhängende Laufstrecke auf knapp mehr als 10 Kilometer.

© www.marathon-photos.com



Gemeinsam mit neun weiteren Läuferinnen und Läufern von Right to Movement reiste Rami Khalaf von Bethlehem nach Köln, um am Marathon teilzunehmen.

George Zeidan: Wir wollen das ganze palästinensische Volk repräsentieren. Das Visum haben sie (die Läuferinnen aus Gaza, d. Red.) erhalten, aber die Ausreisegenehmigung eben nicht. Man hat uns dann wissen lassen, dass es weitere 70 Tage dauern würde. Es ist nicht das erste Mal, dass das passiert. Und unsere Freunde in Gaza hoffen, dass sie irgendwann einmal zu einem Lauf ins Ausland können. Unter ihnen ist auch ein 16-jähriges Mädchen, das in Gaza trainiert. Sie hat die volle Unterstützung ihrer Eltern. Das muss man sich so vorstellen: Sie läuft vorneweg und ihre Familie fährt im Auto hinter ihr her, um sie zu unterstützen, um auch der Gesellschaft zu zeigen, dass sie hinter ihrem Sport stehen, aber auch, um sie zu schützen. Ich habe bereits mit ihr in Gaza trainiert. Ich wünschte, wir könnten sie aus Gaza mitnehmen. Ich habe schon fast die Hoffnung verloren, aber die Läuferinnen im Gazastreifen geben die Hoffnung nicht auf.

Diana Hodali: Welche Eindrücke nehmt ihr jetzt mit nach Hause?

Diala Isid: Ich bin hier meine per-

sönliche Bestzeit gelaufen, ich fand die Strecke toll. Und außerdem war ich total gerührt davon, dass uns so viele Menschen unterstützt haben. Die Leute sind gekommen, um Sportler zu unterstützen. Das hat mir gut gefallen.

George Zeidan: Auch ich bin meine Bestzeit gelaufen. Ich liebe die Deutschen, und ich weiß es sehr zu schätzen, dass sich viele von ihnen für Palästina interessieren. Ich habe eine Weile in den USA gelebt, und dort habe ich das nicht immer gefühlt. Oft wussten sie nicht, wovon ich spreche. Das ist in Deutschland anders. Sie sind interessiert, hören zu und reisen auch nach Palästina.

Rami Khalaf: Ich schließe mich an. Es war auch meine Bestzeit. In Palästina gibt es immer mehr Menschen, die das Laufen für sich entdecken. Aber was mir in Deutschland wirklich gut gefallen hat, war, dass Kinder schon so früh mit diesem Sport in Berührung kommen. Das wünsche ich mir auch für uns. Außerdem waren die Leute, denen wir begegnet sind, an anderen Geschichten – jenseits der Nachrichten – interessiert. Ich würde jeden meiner Landsleute immer dazu ermutigen, beim nächsten Marathon in Köln mitzulaufen.

Das Gespräch führte Diana Hodali. ■



© Right to Movement

Die Gruppe von Right to Movement aus der Kölner Partnerstadt Bethlehem will hoch hinaus: Vom Dach des Doms aus erkundet sie die Umgebung.

Right to Movement

Diala Isid, Georg Zeidan und Rami Khalaf sind Teil des palästinensischen Netzwerks „Right to Movement“, das von 2012 bis 2016 in Bethlehem einmal jährlich einen Marathon veranstaltete. Bethlehem steht sinnbildlich für die Begrenzung von Mobilität. Weitläufig durchzogen von einer acht Meter hohen Mauer, umgeben von Siedlungen und militärisch verwalteten Zonen entspricht die längste zusammenhängende Laufstrecke innerhalb der Stadtgrenzen nur ca. 10,5 Kilometern – einem Viertel Marathon. Getreu ihrem Motto: „We run to tell a different story“, gestaltet Right to Movement den zur Verfügung stehenden Spielraum mit witzigen und provokanten, informativen und mobilisierenden Aktionen im sportlichen Dauerlauf. Sie sind Preisträger des Peace and Sport Award.

Auf Initiative des forumZFD konnten zehn Läuferinnen und Läufer von Right to Movement am 1. Oktober am Köln Marathon teilnehmen und so in Deutschland auf ihr Anliegen aufmerksam machen.

www.righttomovement.org

Unantastbar?

Aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (23. Mai 1949)

Artikel 1, Satz 1 und 2

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt

Aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN, 10. Dezember 1948)

Artikel 7

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung. ■



Ein Mädchen in Mali wartet darauf, in der Stadt Goa eine kostenlose Untersuchung in einer von der UN im Rahmen des MINUSMA-Einsatzes (Multidimensionale Integrierte Stabilisierungsmission) betriebenen Klinik zu erhalten.

© UN Photo by Marco Dormino

Wir können uns selbst ermächtigen, um etwas in der Welt zu verändern!

Clara Tempel im forumZFD-Interview



CLARA TEMPEL

hat im Jahr 2013 mit Freundinnen und Freunden das Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA) gegründet. Das Netzwerk verbindet rund 30 Jugendliche. Sie haben sich unter anderem an Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Kohlekraftwerke, gegen die Stationierung von Atomwaffen und gegen Rüstungsproduktion beteiligt. Am 1. September wurde JunepA mit dem renommierten Aachener Friedenspreis ausgezeichnet.

Clara Tempel wuchs im Wendland auf und war schon als Kind mit ihren Eltern bei Protesten gegen Atommülltransporte dabei. Ihre Großeltern Helga und Konrad Tempel initiierten die ersten Ostermärsche in Deutschland und waren maßgeblich an der Gründung des Forum Ziviler Friedensdienst beteiligt.

Herzlichen Glückwunsch zum Aachener Friedenspreis! Wie haben Sie die Nachricht zur Verleihung des Preises an JunepA aufgenommen?

Clara Tempel: Ich hab mich total gefreut. Wir hatten gerade ein JunepA-Treffen, als uns die Nachricht per Telefon mitgeteilt wurde, und waren total überrascht. Wir kennen andere Preisträger, hätten aber nie in Erwägung gezogen, dass wir den Preis einmal selbst erhalten. Die Preisverleihung am 1. September war wirklich sehr schön – wir sind dort so vielen Menschen begegnet, die unser Engagement wertschätzen. Das passiert uns sonst selten.

Bekommt ihr auf euer Engagement auch viele ablehnende Reaktionen?

Clara Tempel: Oh ja. Vor allem über die sozialen Medien kommen oft Kritik und unsachliche Kommentare. Auch direkt bei unseren Aktionen hören wir oft den Vorwurf, wir hätten keine Arbeit und dass wir das alles nur machen würden, weil wir nichts anderes zu tun hätten. Das stimmt aber nicht: Wir nehmen uns extra frei, um diese Aktionen zu machen.

Und wie kommt euer Engagement bei anderen Gleichaltrigen an?

Clara Tempel: Das ist ganz unterschiedlich. Es gibt Gleichaltrige, die das gar nicht verstehen können, weil sie ganz andere Leben leben und sich mit ganz anderen Dingen beschäftigen. Es gibt aber auch andere, die sehr bewundern, was wir machen. Von denen hören wir zum Beispiel: „Selber will oder kann ich nicht Teil von so einer Gruppe sein, aber ich finde total bewundernswert, was ihr macht.“



JunepA hat sich an unterschiedlichen Aktionen zivilen Ungehorsams beteiligt: am Atomwaffenstandort Büchel, vor der Brennelementefabrik in Lingen, der Fabrik des Rüstungsherstellers Rheinmetall und am RWE-Braunkohletagebau im Rheinland.

© Flickr/atomwaffenfrei, jetzt, Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0

Was hat euch eigentlich dazu gebracht, dieses Netzwerk zu gründen?

Clara Tempel: Das war im Jahr 2013. Ein paar meiner Freunde und Freundinnen waren in Jugendgruppen von BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz, d. Red.) und von Greenpeace aktiv. Viele von ihnen waren unzufrieden mit den Einschränkungen vonseiten der Elternorganisationen – etwa das Verbot von Aktionen zivilen Ungehorsams. Also haben wir überlegt, wie wir als junge Menschen selbstbestimmt Aktionen zivilen Ungehorsams durchführen können. So entstand die Idee, eine ganz unabhängige Gruppe zu gründen.

Warum war euch die Unabhängigkeit so wichtig?

Clara Tempel: Bei unseren Aktionen geht es um unsere Zukunft. Darum ist es uns wichtig, dass wir ganz selbstbestimmt handeln können und nicht immer erst Erwachsene um Erlaubnis fragen müssen.

Was macht ihr anders als eure Eltern- oder Großelterngeneration?

Clara Tempel: So viel anders ist es nicht. Bei JunepA sind viele Menschen, die von ihren Familien zum Aktivismus inspiriert wurden. Ich selbst habe von meinen Eltern und Großeltern früh politischen Aktivismus mitbekommen. Von ihnen habe ich das meiste Handwerkzeug gelernt. Neu ist in den jungen Bewegungen wie unserer vielleicht, dass wir unterschiedliche Themenbereiche verbinden. Wir konzentrieren uns nicht auf ein Thema, zum Beispiel nur auf Frieden oder nur auf Umwelt. Wir verbinden sie miteinander, weil wir der Meinung sind, dass es notwendig ist, um eine ganzheitliche Veränderung zu erreichen.

Kann man auch sagen, dass ihr ein anderes Verständnis von Frieden habt als ältere Generationen?

Clara Tempel: Ja, das kann schon sein. Wir verstehen unter Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg oder Gewalt, sondern auch eine Alternative der Energieherstellung ohne Kohle und Atom, hierarchiefreie Umgangsformen oder die Öffnung von allen Grenzen. Das alles gehört für uns zum Frieden dazu.



© JunepA

Gibt es denn auch politische Fragen, bei denen du dir mit deinen Eltern oder deinen Großeltern nicht einig bist?

Clara Tempel: Tatsächlich ganz wenig. Wir sprechen oft über mein politisches Engagement, aber es gibt nicht viele Fragen, in denen wir nicht einer Meinung wären. Meine Großeltern würden vielleicht nicht oder nicht mehr so weit gehen wie ich. Aber sie finden trotzdem gut und richtig, was ich da mache. Der zivile Ungehorsam ist unser gemeinsames Thema – für meine Großeltern eher aus einer theoretischen Perspektive. Sie haben die Schrift über den zivilen Ungehorsam von Henry David Thoreau auf Deutsch veröffentlicht. Ich beschäftige mich ganz praktisch mit zivilem Ungehorsam als Mittel bei unseren Aktionen.

Was macht zivilen Ungehorsam für Sie aus?

Clara Tempel: Ziviler Ungehorsam ist für mich das bewusste Überschreiten von Regeln oder Gesetzen, die dazu da sind, einen Prozess oder einen Zustand des Unrechts aufrechtzuerhalten. Ich finde es total wichtig, dass Menschen nicht blind irgendwelchen Gesetzen folgen. Stattdessen sollten die Menschen auf ihr eigenes Gewissen hören, wenn sie handeln. Das bedeutet nicht, dass ich wahllos irgendwelche Gesetze übertrete, sondern ich tue es ganz bewusst und gezielt. Ich übertrete nur solche Gesetze, die sich direkt auf das Unrecht beziehen, was ich verhindern will. Wir bei JunepA haben den zivilen Ungehorsam als Methode für uns ausgewählt, weil wir uns in Fragen engagieren, wo auf dem legalen Weg – mit Demonstrationen, Petitionen oder juristischen Verfahren – schon viel versucht wurde, aber ohne Erfolg. Dann, meinen wir, ist es nötig und legitim, zivilen Ungehorsam zu leisten. Er ist ein sehr kraftvolles Mittel, weil man nicht mehr nur fordert und an die Politik appelliert, sondern selbst aktiv wird.

... verbunden mit persönlichen Risiken ...

Clara Tempel: Genau. Das gibt dem zivilen Ungehorsam so viel Kraft. Menschen gefährden ein Stück weit ihre persönliche Zukunft, denn sie riskieren zum Beispiel Eintragungen im Strafregister, Bußgelder oder Gefängnisstrafen.

Wie bereitet ihr die Teilnehmenden auf die Aktionen vor?

Clara Tempel: Es ist uns sehr wichtig, dass die Leute ein paar Tage vor der eigentlichen Aktion ankommen, sodass wir genug Zeit miteinander für die Vorbereitung haben. Dazu machen wir Trainings und organisieren, je nachdem wie groß die Aktion ist, auch Vorträge zu juristischen Fragen. Diese Vorbereitung und eine gemeinsame Nachbereitung sind uns genauso wichtig wie die eigentliche Aktion.



Am 1. September nahmen Clara Tempel und David Haase in der Aula Leopoldina für JunepA den Aachener Friedenspreis 2017 entgegen.

© Gary Evans – Aachener Friedenspreis

Sie stehen im September und Oktober mit weiteren Aktivistinnen und Aktivisten von JunepA vor Gericht.

Clara Tempel: Ja. Wir haben im September letzten Jahres in Büchel die Landebahn des Fliegerhorstes besetzt, wo die amerikanischen Atomwaffen gelagert sind und deutsche Soldaten das Abwerfen von Atombomben üben. Jetzt wird uns Hausfriedensbruch vorgeworfen.

Steht ihr zum ersten Mal vor Gericht für eine eurer Aktionen?

Clara Tempel: Nein, das ist nicht das erste Mal. Wir standen schon einmal für eine Aktion an der Brennelementefabrik in Lingen vor Gericht. Es gab keinen Freispruch, aber eine Einstellung des Verfahrens, weil es nicht genug Beweise gab.

Was erwarten Sie von dem nächsten Verfahren?

Clara Tempel: Ich kann nicht abstreiten, dass ich mir auch Sorgen mache. Vor Gericht zu stehen, geht nicht einfach so an mir vorbei, denn da geht es für mich um Geldstrafen und Eintragungen im Strafregister. Andererseits habe ich nichts getan, das ich verstecken oder wofür ich mich schämen muss. Das macht mich selbstsicher. Wir haben nicht viel zu verlieren, weil wir den Prozess politisch führen werden. Wir werden nicht leugnen, dass wir auf dem Gelände des Fliegerhorstes gewesen sind, sondern sagen, dass wir unsere Aktion für notwendig und legitim halten. Wir wollen dieses Verfahren nutzen, um das Thema nochmals in die Öffentlichkeit zu bringen.

Und wann hat sich Ihr persönliches Risiko auch gelohnt?

Clara Tempel: Ich glaube, dass jede einzelne Aktion, jedes einzelne Gerichtsverfahren und jeder Moment, in dem Leute etwas riskieren, schon kleine Erfolge sind. Denn sie verändern ganz langsam etwas im Bewusstsein der Menschen. Deswegen habe ich großes Vertrauen, dass wir mit allem, was wir tun, Schritt für Schritt zu unserem Ziel kommen. Es gibt ja Fortschritte in der Welt der Politik, wie zum Beispiel den neuen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen, den so viele Staaten unterschrieben haben – nur Deutschland leider immer noch nicht. Es passieren also auch gute Dinge, und ich glaube, dass wir einfach viel Geduld und Zuversicht brauchen, dass wir etwas zum Besseren verändern können.

Welche Werte und Motivationen verbinden die Mitglieder von JunepA?

Clara Tempel: Das ist tatsächlich ganz unterschiedlich. Es gibt Leute bei uns, die ihre Motivation aus dem Glauben heraus ziehen. Andere Mitglieder haben überhaupt nichts mit Kirche und Spiritualität am Hut, sondern sind einfach total wütend auf die Verhältnisse, auf den Staat oder sie wollen den Staat abschaffen und ganz ohne Herrschaft leben. Dann gibt es Leute, die in den Parteienjugenden aktiv sind und somit noch Hoffnung in das Parteiensystem legen, und wieder andere, die einfach frei und selbstbestimmt ihren Aktivismus ausleben wollen. Trotz dieser Unterschiede bekommen wir es irgendwie gut hin, uns darauf zu einigen, was wir machen wollen. Es gibt eine ähnliche Kraft, die uns treibt.

Können Sie noch genauer sagen, was JunepA als Gruppe zusammenhält?

Clara Tempel: Dass wir gemeinsam das Gefühl haben, dieser Ohnmacht ein bisschen entgegen zu können. Die Ohnmacht, die man spürt, wenn man sieht, was alles Schreckliches in der Welt passiert und was alles dagegen getan werden müsste. Im gemeinsamen Anpacken, bei unseren Aktionen, merken wir, dass wir uns selbst ermächtigen können, um etwas in der Welt zu verändern.

Was ändert sich mit Auszeichnung durch den Aachener Friedenspreis zukünftig für JunepA?

Clara Tempel: Wir machen das nicht, um solche Preise zu bekommen. Darum werden wir uns nicht ändern. Doch die Medienaufmerksamkeit ist mit dem Aachener Friedenspreis etwas gewachsen und wir sind etwas bekannter geworden.

Dann wird das Netzwerk bald sicher größer werden?

Clara Tempel: Das wissen wir selbst noch nicht ganz genau. Wir haben nicht festgelegt, dass wir immer mehr werden wollen. Das passiert so langsam automatisch, aber es entscheiden sich auch immer wieder Menschen dazu, nicht mehr so viel Arbeit in JunepA zu investieren. Die Strukturen, wie wir sie gerade haben, können auch nicht unendlich wachsen. Die letzten Aktionen haben so viele Kapazitäten in Anspruch genommen, dass wir jetzt erst einmal in Ruhe gucken müssen, wie es weitergeht.

Wie geht es denn für Sie persönlich weiter?

Clara Tempel: JunepA ist mein politisches Zuhause. Deswegen kann ich mir gar nicht vorstellen, dass es vielleicht irgendwann JunepA nicht mehr gibt oder dass ich nicht mehr Teil davon bin. Der Name JunepA steht für JUGENDnetzwerk für politische Aktionen. Irgendwann bin ich also entweder zu alt dafür oder wir müssen uns umbenennen (lacht). So wie es jetzt aussieht, werde ich auf jeden Fall in den nächsten Jahren weiter bei JunepA aktiv sein, weil ich das genau so gestalten kann, wie es zu meinem Leben passt.

Ich danke für das Gespräch und wünsche JunepA viel Erfolg für die Zukunft!



Drei Generationen von Friedensaktivistinnen: Helga Tempel, Gründerin und Ehrenvorsitzende des forumZFD, Katja Tempel, engagiert in der Anti-Atomkraft-Bewegung im Wendland, und Friedenspreisträgerin Clara Tempel.

© Herbert Sauerwein

Mitmachen und gewinnen!

Senden Sie uns bis zum 27. November das Lösungswort und gewinnen Sie ein Paket unseres kolumbianischen Friedenskaffees. Unter allen Einsendenden des Lösungswortes lösen wir drei glückliche Gewinnerinnen oder Gewinner aus.

Informationen zu unserem fair gehandelten Friedenskaffee finden Sie auf www.forumZFD.de/kaffeegemahlen



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16

Die Auflösung des Rätsels finden Sie ab dem 27. November unter www.forumZFD.de/raetsel.

Die Rätselfragen:

1. Umfassend, schwierig
2. Konzept, Kalkül
3. Unternehmensgeist
4. Teil eines Hühnerreis
5. Postwertzeichen
6. Italienischer Weichkäse
7. Anfänger/in, Neuling
8. Kriegsgegner/in
9. Strafstoß (umgangssprachlich)
10. Hauptstadt Bosnien-Herzegowina
11. Abkürzung Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
12. Kontrollorgan des forumZFD e. V.
13. Schulläufe des forumZFD
14. Vermögensabgabe an Stiftung
15. Uneigennützig Geldvergabe
16. Voraussetzung für Versöhnung
17. Patriarch im Alten Testament
18. Trad. griechisches Gericht
19. Ein Abschnitt des Korans



samlor proher

Saysokonthea Uk, Mitarbeiterin des forumZFD-Büros in Phnom Penh, nimmt uns mit auf eine kulinarische Reise nach Kambodscha und verrät uns ihr Lieblingsrezept.

Samlor Proher ist ein typisch kambodschanisches Gericht und erfreut sich großer Beliebtheit bei den Khmer. Die Fischsuppe ist nicht nur aufgrund ihres Geschmacks so beliebt, sondern auch wegen ihrer Zutaten. Diese sind nicht nur gesund, sie lassen sich auch günstig auf jedem lokalen Markt erwerben. Auf dem Land bauen die Menschen in Kambodscha das Gemüse sogar noch selbst an und fangen den Fisch fürs Essen frisch. In Deutschland lohnt sich ein Abstecher in den Asia-Markt, bevor Sie mit dem Kochen loslegen!

Guten Appetit!
in Khmer: „chamngng ahar l“
ចំណង់អាហារល្អ



Portrait Konthea Uk © forumZFD
Schwimmender Gemüsemarkt in Kambodscha © Flickr CC BY 2.0 Christopher
Samlor Proher – traditionelle Fischsuppe © Flickr CC BY 2.0 ssour

Zutaten:

- 1 große Okraschote
- 1 mittelgroße Wintermelone (alternativ Zucchini)
- ¼ Kürbis
- ½ Taro-Wurzel (alternativ Rüben)
- 1 Bund Reisfeldpflanze (asiatisches Gewürzkraut, in der Thai-Küche „Pak Kayang“ genannt)
- 2 TL Kroeung (kambodschanische Currypaste, alternativ Thai-Currypaste)
- etwas frischen Ingwer nach Geschmack
- 2 TL Hähnchengewürz
- 2 TL Fischsauce
- ½ TL Salz
- 1 TL Prahok (Fischpaste)
- 1 TL Zucker
- 3 Zehen Knoblauch
- 2 Chilischoten
- 3 Liter Hühnerbrühe
- 2 Räucherfische
- 1 ganzer Tilapia-Fisch (Buntbarsch)
- 1 Packung Austernpilze
- 1 Packung Blattspinat

Zubereitung:

Während die Hühnerbrühe zum Kochen gebracht wird, die Taro-Wurzel und den Kürbis waschen und in mundgerechte Würfel schneiden. Die Wintermelone und die Okra danach in dünne Stücke schneiden. Anschließend die Reisfeldpflanze und die Chilischoten klein hacken. Die Menge der Reisfeldpflanze und der Chilis ist je nach Geschmack variabel. Den Knoblauch ebenfalls klein hacken.

In die kochende Hühnerbrühe wird zuerst die Fischpaste eingerührt. Anschließend den chinesischen Ingwer zerdrücken und zu der Brühe hinzugeben. Die Räucherfische kurz anbraten und ebenfalls in die Suppe geben. Die Suppe mit Salz, Zucker, Hähnchengewürz und Fischsauce würzen. Taro-Wurzel und Kürbis hinzugeben und 10 Minuten kochen lassen. In der Zwischenzeit den Tilapia-Fisch grillen oder braten und nach 10 Minuten gemeinsam mit der Wintermelone und der Currypaste zur Suppe hinzufügen. Die Austernpilze dazugeben und 5 Minuten weiterköcheln lassen. Dann Okra und Spinat hinzugeben und weitere 2 Minuten kochen lassen. Zum Schluss wird die Suppe mit der Reisfeldpflanze, dem Knoblauch und den Chilischoten abgerundet.

Friedens- und Konfliktarbeit lernen: neue Kurse 2018

Das Jahresprogramm 2018 der Akademie für Konflikttransformation ist erschienen. Ab sofort können sich Interessierte für den deutschsprachigen berufsbegleitenden Kurs (Februar bis November) oder den Vollzeitkurs in Friedens- und Konfliktarbeit in Englisch (März bis Mai) online bewerben. Ein weiterer Vollzeitkurs im Herbst und fachspezifische Seminare und Online-Seminare vervollständigen unser Weiterbildungsangebot. Bei den Orientierungstagen erhalten Sie einen grundlegenden Einblick in das Arbeitsfeld der Friedens- und Konfliktbearbeitung und Informationen zu Eignung und Ausbildung.

www.forumZFD-akademie.de/bewerben



© forumZFD

Frauen im Kosovo arbeiten Kriegstrauma auf

Unter dem Titel „I want to be heard“ („Ich möchte gehört werden“) erzählt ein Buch die persönlichen Geschichten von zehn Frauen, die während des Kriegs im Kosovo sexuelle Gewalt erfahren haben. Bislang seien solche Geschichten verschleiert und versteckt worden, sagte die kosovarische Botschafterin Vlora Çitaku in einer Rede vor den Vereinten Nationen zur Veröffentlichung des Buches. Mit dem Buch erhalten die Frauen endlich eine Möglichkeit, das Geschehene an die Öffentlichkeit zu bringen und gemeinsam zu verarbeiten.

„I want to be heard“ ist in albanischer, serbischer und englischer Sprache erhältlich. Das Buch wurde 2017 vom forumZFD in Kooperation mit der Organisation Integra und dem kosovarischen Rehabilitationszentrum für Opfer von Folter und Misshandlung (KRCT) herausgegeben.



Die kosovarische Botschafterin Vlora Çitaku stellt das Buch in einer Rede vor den Vereinten Nationen in New York vor.

© UN Photo – Evan Schneider

Erinnerung in Bewegung

Inklusive Erinnerungskultur und Vergangenheitsarbeit: Nach der erfolgreichen Publikation eines ersten pädagogischen Materials (2014) hat das forumZFD in Bosnien und Herzegowina in Zusammenarbeit mit dem Anne Frank Haus (Niederlande), der Youth Initiative for Human Rights, dem Europäischen Verein der Geschichtslehrer und Erzieher, Humanity in Action (Bosnien und Herzegowina), dem Netzwerk für Friedensentwicklung (Bosnien und Herzegowina) und pax christi Aachen eine erweiterte Neuauflage veröffentlicht.

Als interaktives Unterrichtsmittel für die Arbeit mit Menschen ab 16 Jahren beinhaltet das Toolkit „Erinnerung in Bewegung“ neben thematischen Modulen und Unterrichtseinheiten Essays über die Rolle der Erinnerungskultur für die Friedenserziehung, eine DVD mit Kurzfilmen und einem Dokumentarfilm über Denkmäler und Erinnerungsstätten in Ländern des Westlichen Balkans und in München sowie den Katalog „MonUMENTI“.

Bestellung unter: www.forumZFD.de/Material/Handbuch_ErinnerunginBewegung



© forumZFD



Nach der Bundestagswahl:

Einsatz für zivile Friedenspolitik geht weiter

Am 21. September erschien der Aufruf „Für eine Politik der Vernunft. Aufrüstungsspirale stoppen – Frieden und Gerechtigkeit fördern“ mit einer großformatigen Anzeige in der Wochenzeitung DIE ZEIT sowie zeitgleich in zwei kleineren Anzeigen in der Wochenzeitung Der Freitag und in der vierzehntägig erscheinenden Zeitschrift Publik-Forum. Damit konnten wir kurz vor der Wahl über eine Million Leserinnen und Leser erreichen. Viele der über 5.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs haben mit ihrer Spende die Veröffentlichung erst möglich gemacht.

Das forumZFD setzt sich auch nach der Bundestagswahl vom 24. September weiterhin für die Forderungen des Aufrufs ein. Auch in den Koalitionsverhandlungen braucht es weiter viele Stimmen für eine zivile Friedenspolitik. Denn es gilt zu verhindern, dass ein mögliches Jamaika-Regierungsbündnis eine Koalition der Aufrüstung wird. Das forumZFD fordert dementsprechend für die Koalitionsverhandlungen, die Rüstungsausgaben zu senken, die Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele zu einem Schwerpunkt der nächsten Bundesregierung zu machen und zivile Friedensförderung zu stärken.



Aktuelle Informationen und Stellungnahmen zu den Koalitionsverhandlungen finden Sie online auf: www.politikdervernunft.de und www.forumZFD.de

Dem Vermögen einen Sinn geben

Mit einer Zustiftung
bereits heute den Frieden fördern

von Thomas Oelerich

Weltweit betrachtet gehört Deutschland mit über 21.000 Stiftungen zu den Stiftungshochburgen. Immer mehr Menschen möchten sich persönlich und nachhaltig für das Gemeinwohl engagieren. Stiftungen nehmen in unserer Gesellschaft einen wichtigen Platz ein. Mit ihrer Hilfe gelingt es, gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern, soziale Ungleichgewichte auszugleichen, Kunst und Kultur zu fördern oder Denkprozesse anzustoßen. Gerade zu Letzterem leistet die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst über die Förderung des forumZFD e. V. einen Beitrag.

Stiftungen bieten eine gute Chance, sich sozial zu engagieren. Während mit einer Spende die Arbeit direkt unterstützt wird, trägt jede Zustiftung dazu bei, dass der Stiftungszweck auf Dauer erfüllt werden kann. Es wird sichergestellt, dass ein Projekt auch über den Tod des Stifters oder der Stifterin hinaus unterstützt wird. Dies gelingt, weil das Vermögen nicht verbraucht wird. Denn ausschließlich die jährlich ausgeschütteten Zinserträge aus dem Stiftungskapital werden für die Erfüllung des Stiftungszwecks verwendet. Eine Stiftung ist deshalb eine nicht versiegende Quelle nachhaltigen gesellschaftlichen Engagements. Mit einem Stiftungskapital von aktuell 196.000 € steht die vor drei Jahren gegründete Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst noch am Anfang ihrer Entwicklung.

Die reinen Kapitalerträge, also die Zinserträge aus dem angelegten Stiftungskapital, machen beim aktuellen Kapitalstand lediglich etwas mehr als 5.000 € im Jahr aus.

Über eine deutliche Erhöhung des Stiftungskapitals durch weitere Zustiftungen, Erbschaften oder Vermächtnisse soll der Ertrag der Stiftung in den kommenden Jahren deutlich erhöht werden. Die Verantwortlichen in der Stiftung sind überzeugt, dass sich weitere Menschen überzeugen lassen, über eine Zustiftung das Grundkapital der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst zu erhöhen. Denn für viele Menschen macht es Sinn, mit dem eigenen Vermögen bereits zu Lebzeiten die Friedensarbeit des forumZFD zu fördern. Immer wieder erfahren wir von Zustifterinnen und Zustiftern, dass sie nicht bis zu ihrem Lebensende warten wollen, bis ihr Vermögen sinnvoll und friedensstiftend wirken kann.

Der entscheidende Unterschied zwischen einer Spende und einer Zustiftung liegt in der Art der Mittelverwendung. Während die Spende in voller Höhe in ein Projekt fließt, erhöht eine Zustiftung zunächst einmal das Stiftungskapital. In der Regel wird dieses Kapital am Finanzmarkt so angelegt, dass ein möglichst hoher Ertrag erwirtschaftet wird. Nur diese Erträge können dann über die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst dem forumZFD e. V. für dessen Friedensarbeit zur Verfügung gestellt werden. Eine Zustiftung erhöht also Kapital und Ertrag einer Stiftung, und zwar dauerhaft.

Der Sinn und Zweck einer Zustiftung liegt damit in der langfristigen Finanzierung von Projekten, während die Spende punktuell und kurzfristig hilft.

Viele Menschen tun sich mit dem Gedanken der Geldanlage auf dem Finanz- bzw. Aktienmarkt schwer. Die Satzung der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst verpflichtet den Vorstand dazu, das Geld nur in sozial und ökologisch vertretbaren Anlageoptionen zu investieren. Eine besondere Anlagemöglichkeit der Stiftung ist die Immobilie „Friedenshaus am Kölner Brett“. Das Friedenshaus wird als Geschäftsstelle des forumZFD e. V. genutzt. Mithilfe der Stiftung war es zuletzt möglich, einen größeren Anteil des beim Kauf aufgenommenen Bankkredits durch Einlagen der Stiftung zu tilgen bzw. zu ersetzen. Mit einer aktuellen Verzinsung von 3 % ist die Rendite zudem bei dem gegenwärtig extrem niedrigen Zinsniveau ausgesprochen positiv. Die bisherigen direkten Anlagemöglichkeiten im Friedenshaus sind somit eine nachhaltige und sichere Finanzierungsform, die sich für alle Seiten positiv auswirkt. Gewissermaßen verbleibt das Stiftungskapital in einem ‚friedenspolitischen Kreislauf‘, unabhängig vom allgemeinen Geld- und Aktienmarkt.

Auf die Frage, wie denn das Stiftungskapital in Zukunft angelegt werden soll, sollte in den kommenden Jahren das Stiftungskapital auf über eine halbe Million Euro oder

mehr anwachsen, hat die Stiftung bereits eine Antwort parat. Da die Räumlichkeiten der Geschäftsstelle des forumZFD e. V. schon jetzt kaum noch ausreichen, um den bestehenden Raumbedarf abzudecken, denken die Verantwortlichen derzeit über einen Ausbau des Friedenshauses am Kölner Brett nach. Wenn wir uns entschließen sollten, das Friedenshaus mit einem Anbau zu erweitern, könnte die Stiftung in der Finanzierung eines solchen Unterfangens eine zentrale Rolle spielen. Und die Geldanlage in eine Immobilie – da sind sich die Experten einig – ist derzeit eine der sichersten Anlageformen. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob die Stiftung auch an dieser Stelle unmittelbar in die Friedensförderung investieren kann. ■

Über die Möglichkeiten, die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst zu unterstützen, informiert eine kleine Broschüre, die Sie **kostenlos** bestellen können:

forumZFD e. V.
Am Kölner Brett 8, 50825 Köln
oder per E-Mail unter
kontakt@stiftung-forumZFD.de.

Für Fragen steht Ihnen auch jederzeit unser Ansprechpartner **Thomas Oelerich**, Referent für Kommunikation und Fundraising, zur Verfügung.

Sie erreichen ihn telefonisch unter 0221 – 91 27 32-32 oder per E-Mail oelerich@forumZFD.de.

Christliche Friedensgruppe aus Flensburg spendet 500 €

Die Friedensgruppe „Christen für die Abrüstung“ (CfA) aus Flensburg hat dem forumZFD 500 € als Spende zukommen lassen. Bei der Summe handelt es sich um Spenden, die von der Initiative für die Aufstellung des Denkmals „... für Menschen, die sich nicht missbrauchen ließen für einen verbrecherischen Krieg“ gesammelt wurden.

20 Jahre hatte sich die Friedensgruppe für die Aufstellung eines Denk-

mals zur Ehrung von Deserteuren in Flensburg eingesetzt. Jahrelang scheiterte die Initiative für das Denkmal am Widerstand des Flensburger Stadtrats und der Ablehnung durch die Bundeswehr vor Ort. Erst im Jahre 2014 wurde das Denkmal schließlich von der Stadt aufgestellt, unter Übernahme der Kosten. Dadurch blieben Spendengelder übrig, die die Friedensgruppe zuvor für die Aufstellung gesammelt hatte.

Die christliche Friedensgruppe CfA hat nun anlässlich ihrer Auflösung die verbliebenen Restmittel der Spendengelder für die Friedensarbeit des forumZFD zur Verfügung gestellt. Wir bedanken uns herzlich für diese Unterstützung.

Das Denkmal ehrt sowohl die Deserteure des 2. Weltkriegs als auch diejenigen, die sich heute weigern, an einem verbrecherischen Krieg teilzunehmen. Die Urteile der Wehrmachtsgesetze wurden inzwischen generell als Unrechtsurteile gebrandmarkt und aufgehoben, aber immer noch gelten heutige Deserteure als Straftäter, unabhängig davon, wie berechtigt ihr Widerstand ist – erklären die Flensburger „Christen für Abrüstung“ das Anliegen des Denkmals. Das Marmorrelief zeigt einen Soldaten von hinten, der sein Gewehr zerbrochen sowie seinen Tornister und seinen Helm abgelegt hat und durch/in eine Mauer geht, vor der sich Deserteure im 2. Weltkrieg aufstellen mussten und erschossen wurden.



„Der Mensch, der Gutes wirkt, gleicht einem Obstgarten, der von den Früchten guter Werke voll ist.“

Hildegard von Bingen

Stiftung
Forum Ziviler Friedensdienst

www.stiftung-forumZFD.de

Spendenkonto Stiftung:
IBAN DE30 3702 0500 0001 4123 00

Ihr Ansprechpartner ist
Thomas Oelerich
Referent für Kommunikation
und Fundraising
Telefon 0221 – 91 27 32-32
E-Mail oelerich@forumZFD.de



Wie Sie das forumZFD unterstützen können

Spendenbarometer

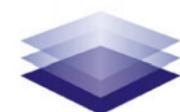


Spendenkonto des forumZFD

Bank für Sozialwirtschaft (BfS)
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX

Transparenz

Das forumZFD ist Unterzeichner der „Initiative Transparente Zivilgesellschaft“:
www.forumZFD.de/transparenzinitiative



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Damit verpflichten wir uns offenzulegen, welche Ziele wir als Organisation verfolgen, woher unsere Mittel stammen, wie sie verwendet werden und wer darüber entscheidet. Jedes Jahr prüft eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unseren Jahresabschluss. Das Kölner Finanzamt prüft zudem alle drei Jahre die Steuerbefreiung und damit die Berechtigung zur Ausstellung von Spendenbescheinigungen.

Online-Banking / Ihre Spende übers Internet

Viele unserer Spenderinnen und Spender nutzen das Online-Banking, um uns eine Spende zukommen zu lassen. Unsere Bitte: Geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse vollständig an, damit wir Ihnen eine Zuwendungsbestätigung schicken können. Nähere Informationen finden Sie unter www.forumZFD.de/spenden.

Regelmäßige Spenden

Mit einer regelmäßigen Spende (Einzugsermächtigung oder Dauerauftrag) helfen Sie, unsere Friedensprojekte und die Öffentlichkeitsarbeit langfristig planbarer zu machen. Einen Überweisungsträger bzw. ein Formular für eine regelmäßige Förderung finden Sie im Anschreiben zu diesem MAGAZIN.

Mitglied werden

Wir freuen uns sehr über neue Mitglieder. Der Beitrag liegt bei 180,00 € im Jahr / ermäßigt 90,00 €.

Spendenbescheinigung ab 50 €

Wir stellen für Spenden ab 50 € mit Beginn des folgenden Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung für Sie aus. Dafür benötigen wir unbedingt Ihre vollständige Anschrift. Sollten Sie mehr als einmal im Jahr gespendet haben, erhalten Sie eine sogenannte „Sammelbestätigung“ über alle Spendenbeträge.

Adress- und Namensänderungen mitteilen!

Sollte sich Ihre Adresse geändert haben, bitten wir Sie um eine kurze Information per Telefon **0221 – 91 27 32-0** oder per E-Mail an kontakt@forumZFD.de.

Ihr Ansprechpartner

Bei Fragen zu Spenden oder zur Stiftung wenden Sie sich bitte an **Thomas Oelerich** per Telefon **0221 – 91 27 32-32** oder per E-Mail oelerich@forumZFD.de.

Allen Spenderinnen und Spendern gilt unser herzlicher Dank!

*„Glaubst du wirklich,
du könntest im Kopf eines
Menschen etwas bewegen,
wenn du ihn in den
Hintern trittst?“*

Peter Hohl



forumZFD



Entschieden für Frieden

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
(forumZFD)
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX